

15.11.2023**HRK: Bundesprogramm „Digitale Hochschule“ unverändert notwendig – Stärken von Kooperationen und Verbänden im Bereich digitaler Infrastrukturen nutzen**

Angesichts der weiterhin großen Dynamik bei der Digitalisierung von Lehre und Studium an den Hochschulen hat die Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gestern ihre Forderungen an Bund und Länder nach einer systematischen und strategischen Unterstützung bekräftigt. „Zur umfassenden, nachhaltigen Digitalisierung der Hochschulen und zur Weiterentwicklung der digitalen Lehre und der Lehrinfrastrukturen benötigen wir trotz einiger guter Schritte ein insgesamt stärkeres Engagement der Länder und eine substantielle Unterstützung des Bundes. Von Seiten der Hochschulen wollen wir zugleich verstärkt die Potenziale von Kooperationen und Verbänden in diesem Bereich heben“, kommentiert HRK-Präsident Professor Dr. Walter Rosenthal die in Berlin verabschiedete Entschließung „Digitale Hochschule‘: Herausforderungen und Kooperationsmöglichkeiten“.

Konkret nennt das Positionspapier, das Empfehlungen für eine Priorisierung der Handlungsfelder enthält, als wichtige Bedarfe die Erhöhung der Bandbreiten der Internet- und Datenverbindungen, eine hochverfügbare Server- und Speicherinfrastruktur, die Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI), Personal für Computer-Emergency-Response-Teams zur Erhöhung der Cybersicherheit, rechtssichere Online-Prüfungen sowie die Errichtung und den Betrieb von medientechnischen und hochschuldidaktischen Servicestellen.

„Wo das sinnvoll möglich ist, werden wir dafür Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Hochschulen nutzen“, erläutert die für Digitalisierung zuständige HRK-Vizepräsidentin Professorin Dr. Ulrike Tippe. Allerdings seien weitere Mittel vor allem für lokale Maßnahmen nötig, um überhaupt für kooperative Strukturen anschlussfähig zu sein. Dies gelte insbesondere für Lern- und Campusmanagementsysteme, digital ausgestattete Studios und Lernräume sowie eine forschungs- und lehradäquate Netzwerkinfrastruktur. „Und wir müssen hier klug Formen der Zusammenarbeit und des Wettbewerbs zwischen den Ländern und Hochschulen abwägen, wenn wir erfolgreich vorankommen wollen.“

Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) sowie die HRK hatten 2019 bzw. 2021 eine Digitalisierungspauschale von jährlich 92 Euro pro Studierenden gefordert. Im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien ist ein Bundesprogramm „Digitale Hochschule“ vorgesehen, das bislang aber nicht verwirklicht wurde. Dazu HRK-Präsident Rosenthal: „Die strukturellen Defizite und aktuelle Herausforderungen wie die Vermittlung von Kompetenzen im Umgang mit KI oder die zwingend gebotene Stärkung der Cybersicherheit erfordern entschlossenes Handeln. Die Hochschulen können nicht mehr lange auf die auch von der Politik längst als nötig erkannte Unterstützung des Bundes warten. Jede weitere Verzögerung gefährdet nachhaltig die Lehrinfrastruktur und die internationale Anschlussfähigkeit der deutschen Hochschulen.“